

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/4887 –**

**Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika stärken –  
Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den  
Mercosur-Staaten in Kraft setzen**

**A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, auf europäischer Ebene und in bilateralen Gesprächen mit den Mercosur-Staaten für eine zeitnahe Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens einzutreten.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/4887 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Reinhard Houben**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Reinhard Houben

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4887** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Januar 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass die internationale regelbasierte Ordnung mehr denn je herausgefordert sei. Die bereits durch die Corona-Pandemie und Lieferkettenunterbrechungen unter Druck geratene Wirtschaft werde durch massiv gestiegene Preise, vor allem im Energiebereich, aber auch bei den Industrierohstoffen belastet. Damit Deutschlands und Europas politischer und wirtschaftlicher Einfluss in der Welt nicht weiter abnehme beziehungsweise Deutschland und die Europäische Union international nicht den Anschluss verlor und ihren globalen Gestaltungsanspruch untermauert, seien Reformen und Kraftanstrengungen in der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik dringend erforderlich. Deshalb müssten geopolitisch bedeutsame Partnerschaften gefestigt und ausgebaut werden. Hier komme den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay eine besondere Bedeutung zu, mit denen die Europäische Union bereits eine politische Einigung über den Handelsteil eines gemeinsamen Assoziierungsabkommens erzielt habe. Mit dem Abkommen würde mit über 700 Millionen Einwohnern eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen und es würden sich besonders für die europäische und deutsche Wirtschaft neue Exportchancen ergeben und Absatzmärkte erschließen.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, dass diese auf europäischer Ebene und in bilateralen Gesprächen mit den Mercosur-Staaten für eine zeitnahe Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens eintreten solle und die schwedische EU-Ratspräsidentschaft aktiv dabei unterstützen solle, dass die EU-Kommission schnellstmöglich den Entwurf eines Ratifikationsgesetzes für das Inkrafttreten des EU-Mercosur-Abkommens vorlege. Zudem solle die Handelspolitik der Europäischen Union als ein wesentliches geopolitisches Gestaltungsinstrument angesehen und sich für eine ambitionierte und regelbasierte Handelsagenda eingesetzt werden. Dabei müsse eine Überfrachtung der europäischen Handelspolitik mit sachfremden Themen vermieden werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU wird verwiesen.

### III. Öffentliche Anhörung

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner 34. Sitzung am 8. Februar 2023 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/4887 beschlossen. In seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 hat der Wirtschaftsausschuss zudem beschlossen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln – Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik) auf Drucksache 20/5980 in die öffentliche Anhörung einzubeziehen. Der Wirtschaftsausschuss hat die öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/4887 und zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/5980 in seiner 40. Sitzung am 19. April 2023 durchgeführt.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

S. E. Fernando Brun, Botschafter der Argentinischen Republik

Prof. Dr. Till Patrik Holterhus, MLE. LL.M. (Yale), Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insb. Staats- und Verwaltungsrecht, Leuphana Universität Lüneburg (Leuphana Law School)

Dr. Katrin Kamin, Ifw KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

Constanze Clodius, Leiterin Vorstandsbüro Berlin, IGBCE

Lis Cunha, Handelsexpertin, Greenpeace e.V.

Dr. Volker Treier, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Kira Potowski, Leiterin der AHK Uruguay, Deutsch-Uruguayische Industrie- und Handelskammer

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen (Ausschussdrucksachen 20(9)237 und 20(9)238, 20(9)240 und 20(9)241 sowie 20(9)244) wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Protokoll wird ebenfalls der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zudem ist die öffentliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

#### IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4887 in seiner 40. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4887 in seiner 59. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/4887 in seiner 38. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/4887 in seiner 43. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/4887 in seiner 36. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/4887 in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

#### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/4887 gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/5980 in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 abschließend beraten.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz** führte aus, dass es keinen neuen Verhandlungsstand beim EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen gebe. Die Positionierung der Mercosur-Staaten stehe noch aus, schriftliche Stellungnahmen lägen noch nicht vor, auch habe die brasilianische Seite einen neuen Verhandlungsführer. Die Verhandlung des Abkommens hänge zudem davon ab, welche Änderungen am EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen die lateinamerikanischen Staaten noch wünschten. Deutschland jedenfalls sei proaktiv und würde im Gegensatz zu Frankreich, Österreich und den Niederlanden mit Nachdruck für einen zeitnahen Abschluss der Verhandlungen des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens eintreten. Es bestehe die Zuversicht, die am 1. Juli 2023 beginnende spanische EU-Ratspräsidentschaft trotz der in Spanien im Juli 2023 stattfindenden

Parlamentswahlen für konstruktive Weiterverhandlungen nutzen zu können. Die Verhandlungen würden jedenfalls auf Augenhöhe mit den Mercosur-Staaten stattfinden, dies fordere jedoch auch Zugeständnisse auf Seiten Deutschlands. Im Sinne einer klugen Wertepartnerschaft sei es von daher auch richtig, anderen Staaten zuvorzukommen und auch den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva finanziell bei der Erreichung der Ziele seines Regenwaldschutzprogramms zu unterstützen. Eine weitere Abholzung des Regenwaldes insbesondere durch den Handel mit Europa müsse verhindert werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** forderte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auf, sich für eine zeitnahe Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens einzusetzen. Die Bundesregierung handle insbesondere widersprüchlich, wenn sie in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie eine schnelle Ratifikation von Handels- und Investitionsabkommen fordere, aber das längst ausgehandelte EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen vor allem von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch zusätzliche Bedingungen, wie die Einbeziehung des Waldschutzes in den Sanktionsmechanismus, verzögere. Dass sich Außenministerin Baerbock auf ihrer Reise nach Lateinamerika nicht mit dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva oder dem brasilianischen Minister für Auswärtiges Mauro Vieira getroffen habe, zeige, dass die brasilianische Seite nicht bereit sei, den Forderungen der Bundesregierung nachzukommen. Insgesamt müsse die Bundesregierung mehr aufs Tempo bei den Verhandlungen drücken und dürfe die Mercosur-Staaten mit ihren neuen Forderungen nicht vor den Kopf stoßen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. hob hervor, dass sie das EU-Mercosur-Abkommen in der jetzigen Form ablehne. Dieses müsse im Sinne einer fairen Weltwirtschaft neu verhandelt werden. Das EU-Mercosur-Abkommen sei an der Zivilgesellschaft vorbei und lediglich im Interesse von Großkonzernen verhandelt worden. So sei der Waldschutz nicht geregelt, es gebe kaum Klimaschutzmaßnahmen und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation würden nicht verbindlich umgesetzt. Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drucksache 20/7054) zeige zudem keine wesentlichen wirtschaftlichen Vorteile auf, die durch das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten erzielt werden könnten. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei deshalb kritisch zu bewerten, denn das Parlament könne kein Abkommen ratifizieren, das am Ende nicht von allen Vertragspartnern unterzeichnet würde.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass sie die beiden Anträge der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion DIE LINKE. ablehne. Sie hob hervor, dass die Kompetenz für die Verhandlung und den Abschluss von Freihandelsabkommen bei der Europäischen Union liege. Die Verhandlungen hierzu seien vor mehr als 20 Jahren aufgenommen worden. Ein Abbruch der Verhandlungen sei keine Option, denn es sei bereits fraglich, ob bei einer Neuverhandlung, wie es die Fraktion DIE LINKE. fordere, eine Verbesserung des Schutzes indigener Völker, des Regenwaldes und der Umwelt erreicht werden könnte. Nach Auffassung der Fraktion der SPD sei es erforderlich abzuwarten, wie sich der Verhandlungsstand auch unter der spanischen Ratspräsidentschaft entwickeln werde und ob der dann vorliegende Entwurf den vorgestellten Ansprüchen entspreche. Die Fraktion der SPD habe jedenfalls vollstes Vertrauen in die Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführer der Kommission der Europäischen Union.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien eindeutige Bedingungen für eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens formuliere. Die Vorgaben des Koalitionsvertrages zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP setze die Bundesregierung mit ihrer handelspolitischen Agenda um, weshalb das Mercosur-Abkommen unter anderem durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen enthalten müsse. Ein von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Auftrag gegebenes Gutachten zeige auf, dass die Waldschutzvereinbarungen im Mercosur-Abkommen unzureichend seien. Dort werde ein Vorschlag gemacht, wie ein verbindliches Waldschutzinstrument unter Verweis auf die bestehenden Streitbeilegungsmechanismen anhand einer Vertragsergänzung ausgestaltet werden könne.

Die **Fraktion der FDP** betonte die Notwendigkeit, dass sich Deutschland international positioniere. Der Schutz des Regenwaldes sei wichtig, die Ratifikation des Mercosur-Abkommens dürfe allerdings an der Frage einer weiteren Verankerung dieses Belanges im Abkommen nicht scheitern. Zu bedenken sei, dass auf europäischer Ebene Frankreich und Österreich dem Mercosur-Abkommen kritisch gegenüberstünden. Hier müsse die Bundesregierung noch Überzeugungsarbeit leisten. Unabhängig hiervon erwarteten die Mercosur-Staaten Verhandlungen auf Augenhöhe. Nach Auffassung der Fraktion der FDP wäre ein Stillstand der Verhandlungen katastrophal, man müsse aufpassen, dass der Verbund Mercosur nicht auseinanderfalle und die Mercosur-Staaten bilaterale Handelsabkommen, beispielsweise mit China, schließen würden. China jedenfalls sei der Regenwald egal.

Die **Fraktion der AfD** verwies auf den stockenden Verhandlungs- und Ratifizierungsprozess. In der Anhörung sei deutlich geworden, dass durch das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen zollbegünstigte Importe von 99.000 Tonnen Rindfleisch und 650.000 Tonnen Bioethanol aus Zuckerrohr erwartet würden. Es stelle sich für die Fraktion der AfD die Frage, wie sich diese Importe auf die wirtschaftliche Situation der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union mit ausgeprägter Landwirtschaft auswirken werden.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4887 zu empfehlen.

Berlin, den 14. Juni 2023

**Reinhard Houben**  
Berichtersteller



